

Erklärung der AL-Fraktion zur Rechnung 2010

Der Stadtrat legt eine Rechnung für das Jahr 2010 vor, die 220 Millionen Franken besser abschliesst als mit Budget und Zusatzkrediten vorgesehen. Das Ergebnis ist jenen Sondereffekten geschuldet, die die bürgerlichen Musketiere bei der Rückweisung des Budgets 11 partout nicht zur Kenntnis nehmen wollten: Wenn die Wirtschaft nicht einbricht führen Rechnungsmodell und Budgetgrundsätze zwangsläufig zu Rechnungsverbesserungen, weil und immer mehr budgetiert wird als ausgegeben werden soll. Die titanischen Leistungen, deren sich der Stadtrat und die SP bei Rechnungsdiskussionen gerne rühmen, braucht es dafür nicht.

Zu drei Verbesserungen haben wir Anmerkungen:

- der bessere Abschluss bei den Steuereinnahmen (plus 100 Millionen) sollte nicht überschätzt werden. Die Mehrerträge resultieren ganz einfach aus Verbesserungen bei den juristischen Personen, die im Sommer 2009 noch nicht absehbar waren und aus Mehrerträgen aus den Vorjahren. Mehr als 40 Millionen betreffen Auflösungen von Steuerrückstellungen für offene Fälle aus den frühen 2000er-Jahren. Fakt ist: Die Steuererträge der natürlichen Personen stabilisieren sich, die Ertragsentwicklung bei den juristischen Personen bleibt weiterhin unsicher.
- die Reduktion der Investitionen hat zwar die Abschreibungen entlastet, ist aber nicht per se eine erfreuliche Entwicklung. Auch wenn aus konjunktureller Sicht kein Bedarf besteht, die Bauwirtschaft durch eine Steigerung staatlicher Investitionen anzufeuern, muss die deutliche Unterschreitung des Investitionsplafonds bei den Hochbauten - von den zur Verfügung stehenden 400 Millionen sind „nur“ 300 verbaut worden - angesichts des Bevölkerungswachstums und den neuen Aufgaben zum Beispiel bei der ausserschulischen Kinderbetreuung kritisch hinterfragt werden.
- dass die Personalaufwendungen 10 Millionen Franken tiefer abschliessen als budgetiert, ist aus Sicht der AL schlicht ein Skandal. Bei den 10 Millionen handelt es sich grossmehrerheitlich um Gelder, die für individuelle Lohnmassnahmen oder einmalige Prämien zur Verfügung standen. Deren Auszahlung ist bei der Diskussion über die Anpassung des Lohnsystems in den Jahren 2005 und 2006 dem Personal zugesichert worden. Dass die MitarbeiterInnen der Stadtpolizei und der VBZ – vorwiegend Männer – diese Prämien erhalten, die MitarbeiterInnen der Stadtspitäler, der Pflegeheime und der Altersheime – vorwiegend Frauen – hingegen gar nicht oder nur punktuell, ist nicht akzeptabel. Auch wenn es hier um symbolische Lohnmassnahmen geht braucht es im Gesundheits- und Umweltdepartement Wiedergutmachungsleistungen. Werte Claudia Nielsen, wir warten auf Vorschläge.

Im Hinblick auf die künftige Finanzpolitik sieht sich die AL durch das Rechnungsergebnis bestätigt. Bedarf für abrupte Kurskorrekturen gibt es nicht. Wenn die Stadt Zürich aber das hohe Niveau an Leistungen erhalten, die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung

befriedigen, die wohnpolitischen Massnahmen gegen die Verdrängung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen umsetzen und die Spielräume für die dringend nötigen Investitionen in Bildung und ausserfamiliäre Kinderbetreuung erhalten will, sind Kurskorrekturen trotzdem unerlässlich. Die Zeiten, in denen die Mittel für Investitionen in Leuchtturmprojekte unbeschränkt zur Verfügung zu stehen schienen, sind genauso vorbei, wie die Freizügigkeit beim Ausbau der engeren Verwaltung.